

Newsletter von Dr. Diether Dehm, MdB

Europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE
Mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Ein demokratisches Europa nur mit Demokratisierung
der Ökonomie – gegen die Monopole

19. Mai 2016



Auf meiner Homepage ist eine neue Rubrik eingerichtet, unter der ich eine Reihe von **Gesprächen mit Persönlichkeiten aus Politik und Kultur** vorstellen möchte, die nicht unmittelbar aus meiner Arbeit im Bundestag entstanden sind, die aber auch auf Interesse stoßen könnten:
<http://www.diether-dehm.de/index.php/positionen/dd-sprach-mit>

Böhmermann, ZDF-Anstalt, Hallervorden und Süddeutsche Zeitung

Political Correctness kam gestern wieder per ganzer Süddeutscher Zeitungsseite (SZ, S. 45) über uns: Ein Hilmar Klute wettet dort gegen die ZDF-"Anstalt": "Neulich sah man, wie sich die Protagonisten Max Uthoff und Claus von Wagner in Robin-Hood-Kostümierung minutenlang über Vermögen und Erbschaftssteuer unterhalten. Unfassbar, wie sich diese Sendung allen Ernstes als Volksaufklärungsinstanz begreift. Man hat das Gefühl, einer Gewerkschafter-Tagung von 1976 beizuwohnen ... Für eine Pointe vom Gewicht eines Pantoffeltierchens diese Wüstenei von Monolog-Satire?"

Und, um dann den Weiße-Alte-Männer-Schweiß-Schauder (aus Zeiten offensiverer Gewerkschaften) so richtig übers SZ-Klientel zu stäuben, zitiert der Autor angewidert, was in der ZDF-"Anstalt" an "unfassbarem" Weltbefund festgestellt worden war: "Es ist doch gefährlich, dass sich immer mehr Geld in den Händen von immer weniger Leuten ballt ..."

Der SZ-Artikel ist ansonsten eine einzige Hommage an Jan Böhmermann, der sich – außer dem leicht verharmlosenden Wörtlein "Kurdenschlagen" – gegen Erdoğan nur in gewitzten Geschmacklosigkeiten aalt. Wohlbemerkt: Auch solche Zeilen haben wir auf jeden Fall zu schützen. Vor Erdoğan. Vorm Staatsanwalt. Und jetzt auch vor Merkel! Aber die SZ will MIT Böhmermann GEGEN schärfere Kritik der "Anstalt" anstinken. Womit der rosagrünlich-antideutsche Umerziehungsmode-Modus wiederum den ideologischen Rollback formiert.

Gegen die "Die Anstalt". Aber auch gegen "Nachdenkseiten", Konstantin Weckers "Hinter den Schlagzeilen", WELTNETZ.TV und gegen immer mehr andere Aufklärungs-Websites. Wo nun auch dankenswerterweise Dieter Hallervorden mit seinem neuesten Song "Erdoğan – zeig mich an!" noch 'Einen draufsetzt': <https://soundcloud.com/sunrockstudios/erdogan-zeig-mich-an>

Die EU muss demokratisiert werden!

Gern schreibe ich einen Artikel für DiEM25, die Bewegung für Demokratie in Europa in der Europäischen Union. Ich sehe in DiEM25 eine breite, verschiedene Strömungen umfassende und nicht in Konkurrenz zu ihnen stehende politische Bewegung, die sich in der jetzigen Situation die umfassende Demokratisierung der Europäischen Union zum Ziel gesetzt hat.

Der Weg zu einer solch grundlegenden demokratischen Erneuerung muss heute beginnen! Wir dürfen aber keine Illusionen über die Schwierigkeiten der vor uns liegenden Aufgaben und des zu erwartenden Widerstands haben. Realismus und Beharrlichkeit sind daher ebenso unverzichtbar wie das Streben nach breiten Bündnissen möglichst vieler demokratischer Kräfte.

Um Erfolge zu erzielen, müssen wir auch auf Erfahrungen der europäischen Geschichte zurückgreifen: In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Antworten auf den Faschismus, den verschiedene Staaten nach der Befreiung gefunden und in ihren nationalen Verfassungen verankert haben. Das gilt vor allem auch für einige der jetzigen EU-Mitgliedstaaten. Daran bewusst anknüpfend, kann die DiEM25 eine reale Verankerung in der europäischen Geschichte finden und eine umfassende demokratische Perspektive für die Europäische Union entwickeln und durchsetzen.

Demokratie in der Europäischen Union und im Verhältnis von Mitgliedstaaten und der EU

Die Demokratisierung der Europäischen Union muss auf ihren beiden organisationspolitischen Ebenen stattfinden: zum einen in der EU und ihren Organen und Institutionen selbst, zum anderen in der demokratische Einwirkung der nationalen Parlamente sowie der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten durch demokratische Volksentscheide.

EU-intern muss vor allem das Europäische Parlament (EP) wirkliche parlamentarische Rechte erhalten. Ein Gesetzgebungsverfahren durch den Rat als Vertretung der nationalen Regierungen bei bloßer Beteiligung des EP darf es in Zukunft nicht mehr geben. Vor allem muss das EP endlich das für Parlamente selbstverständliche und konstituierende Recht haben, selbst eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Das völlig undemokratische Monopol der EU-Kommission muss endlich fallen.

Nötig ist auch, die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB), die für die Mitgliedsstaaten und die Bevölkerung der gesamten EU von einschneidender Bedeutung ist, endlich demokratischer, parlamentarisch legitimer Kontrolle zu unterwerfen. Noch mehr gilt das für Institutionen ohne jede demokratische Legitimation wie die "Troika".

Dezentralisierung sowie Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit

Die EU basiert auf dem Prinzip, dass Hoheitsrechte von den Mitgliedstaaten nur nach dem "Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung" übertragen werden dürfen und die Organe der EU bei der Anwendung der ihnen eingeräumten Befugnisse die Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zu wahren haben. In der Realität ist das weithin nicht der Fall. Die Regelungen des EU-Rechts in Artikel 5 des EU-Vertrags und in dem entsprechenden Subsidiaritätsprotokoll haben sich als völlig unzureichend erwiesen. Zur Sicherung der demokratischen Legitimation der EU-Politik müssen daher die

Einwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten verstärkt werden.

Wir dürfen in unserem Bestreben nach weitestgehender Demokratisierung der EU aber nicht vergessen, dass wir uns dabei aktuell nicht in der Offensive befinden. Ich nenne als ein Stichwort das "TTIP". Dieses Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen soll demokratisch erkämpfte Erfolge auf den Gebieten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Ökologie und der Verbrauchersicherheit senken und dem jeweils niedrigeren Niveau des Vertragspartners anpassen. Als zweites Stichwort nenne ich die angestrebte EU-interne "bessere Regulierung" (better regulation). Hier sollen demokratische Gesetzgebung und Rechtsetzung insgesamt durch marktkonforme Regulierung im Interesse der Konzerne umgestaltet werden, teilweise auch mittels Auslagerung auf Akteure, die keinerlei demokratische Legitimation haben. Zugleich ist geplant, die Rechtsetzung verstärkt einer Folgeabschätzung (impact assessment) zu unterziehen, die nicht etwa unter dem Gesichtspunkt demokratischer Legitimation oder gesellschaftlicher Nützlichkeit stattfindet, sondern den wirtschaftlichen (Kosten-und-Gewinn-)Interessen der Unternehmen dienen soll.

Mehr Demokratie in der EU durchsetzen, heißt daher aktuell vor allem, die weiteren Anschläge auf die verbliebenen Reste von Demokratie in der Europäischen Union durch die aktuellen Initiativen von "TTIP" und "better regulation" verhindern!

Vergesellschaftung und Sozialbindung als Elemente der Demokratisierung

Demokratisierung kann nicht nur als Frage der Zurückdrängung illegitimer nationalstaatlicher wie EU-spezifischer politischer Machtpositionen verstanden werden. Gerade die Macht der Großkonzerne und ihr Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger lässt wirkliche Demokratie zunehmen leer laufen. Das deutsche Grundgesetz hatte daher nach der Befreiung vom Faschismus in seinem Artikel 15 von Verfassung wegen geregelt: "Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden." Wenn Demokratie und Demokratisierung nicht formal bleiben sollen, müssen auch solche wirtschaftlichen Einschnitte zur Überwindung demokratisch illegitimer Macht durchgesetzt werden. Immerhin sieht Artikel 345 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ausdrücklich vor: "Die Verträge lassen die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten unberührt."

Dennoch dürfen die Schwierigkeiten nicht unterschätzt werden, die Unzufriedenheit mit den Entscheidungen der Großunternehmen und ihren Auswirkungen auf die Menschen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in soziale Bewegung für eine Demokratisierung der Wirtschaft wachsen zu lassen, die politisch Forderungen bis zu einer Vergesellschaftung von Produktionsmitteln aufstellt und durchsetzt.

Insofern ist auch an Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes zu erinnern, in dem es heißt: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." Eine ähnliche Vorschrift im EU-Primärrecht und die Verpflichtung der Europäischen Union auf Sozialstaatlichkeit entsprechend der Regelung in Artikel 20 des Grundgesetzes würden schon im Vorfeld von Maßnahmen der Vergesellschaftung wichtige Schritte zur Demokratisierung der Europäischen Union darstellen können.

Demokratisierung und Frieden

Die Konsequenz der nationalen Verfassungen verschiedener Mitgliedstaaten der EU nach der Befreiung vom Faschismus war nicht nur die Verankerung der Prinzipien von Demokratie sowie der Rechts- und Sozialstaatlichkeit, sondern auch die Verpflichtung auf eine friedliche und friedensfähige Außenpolitik. In Artikel 26 des deutschen Grundgesetzes heißt es etwa: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Die EU-Verträge hingegen enthalten derartige Festlegungen auf eine eindeutige Friedensorientierung nicht. Im Gegenteil: Gegenwärtig beteiligt sich die deutsche Bundeswehr an dem Bürgerkrieg in Syrien. Die französische Regierung und die deutsche

Bundesregierung berufen sich dabei – zu Unrecht – auf den Artikel 42, Absatz 7 des EU-Vertrags: "Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen." Das zeigt, dass in der EU nicht nur eine Demokratisierung vonnöten ist, sondern dass auch die Vorschriften über die "Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik" aufgehoben werden müssen.

Eine grundlegende Reform, die der Europäischen Union eine Zukunft geben soll, erfordert insgesamt die Abwehr von aktuell drohenden undemokratischen Vertragsänderungen und eine tiefgreifende Demokratisierung der EU ebenso wie mehr Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Vor allem aber wird eine friedfertige EU benötigt und keine, die durch Beteiligung an kriegerischen Aktionen die Anzahl der flüchtenden Menschen und die sozialen Folgen der Fluchtbewegungen ins Unermessliche steigen lässt.

Soll "Willkommenskultur" imperialistischen Brain-drain verschleiern?

Wie lange sollen die rosagrünlichen Angriffe gegen Sahra Wagenknecht eigentlich so weitergehen, ohne dass die Vorsitzenden der Partei die Linke sich endlich schützend vor sie stellen? Man mag über die Wortwahl streiten, aber Sahra sprach doch nur aus, was bewusste Gewerkschafter und selbst viele Flüchtlingshelfer längst denken – und mittlerweile auch aussprechen.

Es geht dabei auch um den Unterschied zwischen dem Schutz von Bedürftigen, für die Linke kämpferisch eintreten, einerseits und dem imperialistischen Brain-drain andererseits, dem die Willkommenskultur von BDI-Grillo und Daimler-Zetsche für die Auffüllung einer lohndrückenden Reservearmee dient. (Außerdem: Was heißt eigentlich "alle", die das Recht haben sollen, hier bleiben zu können? "Alle" schliesse doch auch nachweisliche Faschisten, Folterer und IS-Terroristen mit ein. Der Landesparteitag Niedersachsen hat das nach langer Diskussion eindeutig abgelehnt. Wir treten statt dessen für alle wirklich Schutzbedürftigen ein!)

Ich mache auf Facebook und auf meiner Homepage folgenden interessanten Vorgang öffentlich. Eingedenk der wiederholten internen wie medialen Scherbengerichts-Vorwürfe gegenüber Sahra aufgrund ihres Satzes „Wir können nicht alle aufnehmen“, lese ich gerade in einem SWR-Rundfunkgespräch mit Bernd Riexinger vom 10. März 2016 folgendes:

Moderator: "Das heißt: Deutschland sollte jetzt zum Beispiel auch diese Flüchtlinge in Idomeni aufnehmen?"

Riexinger: "Nein."

(Und anders als Sahra, die in diesem Zusammenhang davon spricht, dass wir diesen armen Menschen helfen müssen, fährt Riexinger ausschließlich mit Folgendem fort:)

"... Deutschland sollte drauf hinwirken, dass Menschen nicht mehr fliehen müssen."

Und dann sagt er richtigerweise das, wofür sich Sahra angiften lassen muss:

"Es ist doch nicht so, dass DIE LINKE sagt: Wir müssen alle ins Land holen."

Danach erwähnt er nur noch die Fluchtursachen. Von Hilfe für die Gestrandeten in Idomeni aber kein Wort!

Die strukturelle Heuchelei linker Parteien muss überwunden werden: einerseits in geschlossenen Räumen bei Parteiversammlungen großspurig auftreten, aber dann, bei der ersten realen Kontroverse mit Medien-, Alltags- oder Arbeiterbewusstsein das komplett

andere aussprechen bzw. sich wegducken. Es zeichnet jedenfalls keine starke politische Führung aus, dem jeweiligen unterschiedlichen Affen seinen jeweils unterschiedlichen Zucker zu geben!

Pete Seeger an Barack Obama 2010: "Start talking with Cuba"

Wenn der oberste Knecht des weltweit rosagrünlichen Imperialismus, Obama, Kuba besucht, haben alle Kuba-Freunde natürlich ein zwiespältiges Gefühl. Und dennoch scheint der kubanischen KP – und ich gebe zu, auch mir – diese Variante ein wenig weniger aggressiv zu sein, als das, was Donald Trump und die schwarzbraune Linie des Imperialismus vertreten. Da fiel mir ein, dass ich mehrfach mit meinem Freund Pete Seeger in New York darüber gesprochen habe, dass er sein hohes Renommee bei der Familie Obama (bei denen er mehrfach persönlich, z. B. auch nach dem ersten Amtseid, eingeladen war und gesungen hat) nutzt, um gegen das Helms-Burton-Gesetz zu werben.

Nach hier nachzulesendem Brief (<http://www.diether-dehm.de/images/seeger-an-obama-2010.JPG>), über den Pete mit mir gesprochen hat, hatte dann damals auch Obama ihn persönlich angerufen und ihm etwas nebulös eine entsprechende Zusage gemacht. Pete hat mir damals den Brief zur Veröffentlichung gegeben, was ich hiermit aus aktuellem Anlass tue.



"Newroz 2016 in Hannover"

Die zentrale kurdische Newroz-Feier in Deutschland fand am Samstag, dem 19. März in Hannover statt:

Am gestrigen Samstag dem 19. März, um 17 Uhr entschied die Tagesschau-Redaktion, den vorbereiteten Beitrag über

die Kurden-Demo 40.000 mutiger und mutmachender Menschen aus dem Abendprogramm zu nehmen. Er ist im regionalen NDR ("hallo Niedersachsen") noch in Ansätzen zu sehen, sehr fair und realistisch. Dem Redakteur ist also das Schweigekartell nicht vorzuwerfen, das morden hilft. Auch nicht der Blut-Deal mit Erdoğan, in dessen Klima die Tagesschau-Entscheider am Samstag entschieden haben. Wohl im Vertrauen, dass jeder Verweis auf BND-Mitarbeiter in mainstream-machenden Redaktionen an den Shitstorm-Pranger der Verschwörungstheorien gestellt werden würde.

Ich nutzte die Einladung der Veranstalter, eine kurze Rede zu halten (<https://www.youtube.com/watch?v=109slunLIHA>).

"Die Überbringer der Nachricht werden verfolgt, um die Urheber zu decken"

Bereits über 130 Mitglieder des Bundestags (Stand 17. März, 10 Uhr), unter ihnen meine Person, haben sich dem Brief an den Staatspräsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, angeschlossen und ihre Sorge über die Beendigung des Friedensprozesses mit den Kurden

sowie insbesondere über die justizielle Verfolgung führender Medienschaffender ausgedrückt.

So hatten die international renommierten Journalisten Can Dündar und Erdem Gül in einem Zeitungsbericht über Waffenlieferungen aus der Türkei an bewaffnete islamistische Gruppen in Syrien geschrieben. Daraufhin wird ihnen Spionage, das Veröffentlichen von Geheimdokumenten sowie die Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" vorgeworfen.

Der Brief, von den Abgeordneten des Deutschen Bundestags Frank Heinrich, Cansel Kiziltepe, Sevim Dağdelen und Tom Koenigs initiiert, ist hier nachzulesen (<http://www.diether-dehm.de/images/stories/2016/20160317-Schreiben-an-Praesident-Erdogan.pdf>).

Zu den Ergebnissen der Partei DIE LINKE bei den drei Landtagswahlen

Wenn aus der Parteispitze in der Vergangenheit gelegentlich verbreitet wurde, wir LINKE würden solchen Wählenden, die uns früher gewählt haben und dann AfD, keine Träne nachweinen, so muss dieser Snobismus spätestens jetzt auf den Prüfstand. In Sorgen unserer potentiellen Wähler sind ja soziale Ängste chiffriert. Wir müssen diese viel verständlicher und radikaler gegen die wenden, die an imperialistischem Krieg und Freihandel, welche die heimatliche Ökonomie auf der ganzen Welt zerstören, profitieren.

Wolfgang Gehrcke hat erste "Gedanken nach den Landtagswahlen" mit der zutreffenden Anmerkung, dass dies teilweise keineswegs nachträgliche Überlegungen sind, in seinem Newsletter (<http://www.wolfgang-gehrcke.de/kontext/controllers/newsletter.php?id=135>) formuliert. Statt die Felder der größten Kompetenzen der Partei einzubringen, sind diese Themen verlassen und damit anderen überlassen worden, so eine Kernaussage.

Und Oskar Lafontaine: Die Landtagswahlen zeigten die Angst vor weiterem neoliberalen Sozialstaatsabbau, hervorgerufen durch die Erfahrung der Jahre seit der brutalen Durchsetzung der deutschen Variante des Neoliberalismus, der „Agenda 2010“. Ein Statement von Oskar kann auf [weltnetz.tv](http://weltnetz.tv/video/744-lafontaine-weiter-so-waere-selbstmord) angesehen werden (<http://weltnetz.tv/video/744-lafontaine-weiter-so-waere-selbstmord>).

Lest und stärkt alternative Medien !

Weltnetz.tv

NachDenkSeiten

Rationalgalerie

Impressum

Dr. Diether Dehm MdB

MdB-Büro von Dr. Diether Dehm
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 22773085

Telefax: (030) 22776087

E-Mail: diether.dehm@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie sich [hier](#) abmelden.